

## **Wahlprüfsteine der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zur Bundestagswahl 2021**

### **1. Im Jahr 2017 wurden die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in der Umsetzung und welche Schwerpunkte möchte ihre Partei zukünftig setzen?**

Der Einsatz für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehört für uns Freie Demokraten zum unverzichtbaren Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik. Große internationale Herausforderungen, wie die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, Konflikte um Ressourcenverteilung sowie die Sicherung von Frieden und Menschenrechten erfordern ein starkes multilaterales Handeln. Gleichzeitig ist es erforderlich, dass Deutschland international mehr Verantwortung übernimmt und seine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik stärker als bisher im Sinne des vernetzten Ansatzes ausrichtet.

Besonders gegenüber Staaten, die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien missachten, müssen wir klare Haltung zeigen. In Bezug auf Russland muss die Europäische Union mit einer Stimme sprechen, an den Sanktionen festhalten und diese bei Bedarf auch verschärfen. Gleichzeitig wollen wir den Dialog suchen und halten, insbesondere auch zu Bürgerinitiativen. Die Ereignisse in Belarus sind nach wie vor erschütternd. Deswegen fordern wir die umgehende Freilassung aller politischen Gefangenen und baldige Neuwahlen als Ergebnis eines von der OSZE vermittelten strukturierten Dialoges zwischen Opposition und Machthabern.

Auch in den Beziehungen der EU zu China muss Klarheit herrschen. Europa muss für Rechtsstaatlichkeit und seine politischen Werte eintreten und die Gemeinschaft der Demokratien stärken. Ein engerer Austausch mit China kann nur auf der Grundlage der Einhaltung geltenden internationalen Rechts und insbesondere der Regeln der Vereinten Nationen, der WTO und der Internationalen Arbeitsorganisation erfolgen. Insbesondere mit Blick auf die andauernden Menschenrechtsverletzungen, die Unterdrückungen ethnischer und religiöser Minderheiten und der technischen Überwachung der eigenen Bevölkerung üben wir starke Kritik. Wir solidarisieren uns mit Hongkong und Taiwan und wollen diese in ihrem Bestreben nach Rechtsstaatlichkeit und Freiheit unterstützen.

Nicht zuletzt setzen wir Freie Demokraten uns unvermindert für eine Wiederbelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses ein. Dabei bleibt die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat für uns Staatsräson und damit Grundpfeiler einer liberalen Außen- und Sicherheitspolitik. Israels Recht auf Verteidigung seiner Bevölkerung und seines Staatsgebietes gegen islamistischen Terrorismus ist für uns selbstverständlich. Wir treten für eine verhandelte Zweistaatenlösung als den bislang einzigen Weg ein, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des demokratischen Staates Israel zu garantieren und andererseits die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina zu ermöglichen.

**2. Was sind für Ihre Partei in Bezug auf die weltweite Demokratieförderung die wichtigsten Ziele und mit welchen Instrumenten möchten Sie diese erreichen? Welche Rolle spielt für die Partei dabei ein Summit for Democracy?**

Wir Freie Demokraten wollen die Gemeinschaft der Demokratien durch vertiefte Zusammenarbeit mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern stärken. Dabei wollen wir alle Staaten einbeziehen, die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Werte wie Freiheit, Meinungsfreiheit und Menschenrechte vertreten und in ihrem Land leben. Wir Freie Demokraten wollen bestehende Initiativen für eine Koalition von demokratischen Regierungen stärken und weiterentwickeln. Das von der US-Administration unterstützte Projekt einer „Alliance of Democracies“ bietet hierfür den idealen Anknüpfungspunkt, den wir aufgreifen und organisatorisch untermauern wollen. So schaffen wir ein Netzwerk für die marktwirtschaftlichen Demokratien. Gemeinsam wollen wir uns so weltweit und insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen für gemeinsame Werte einsetzen und strategisch abstimmen, auch und gerade im neuen Systemwettbewerb mit dem China Xi Jinpings.

In Europa müssen wir die Demokratie gegen Desinformation und Einflussnahme schützen. Wir wollen die liberalen Demokratien Europas dazu befähigen, Desinformation, Fake-News-Kampagnen, Propaganda sowie Manipulationen aus dem In- und Ausland besser abwehren zu können. Die Wahlinfrastruktur aller EU-Mitgliedstaaten muss als kritische Infrastruktur erheblich besser geschützt werden. Gegen verdeckte Parteienfinanzierung aus dem Ausland muss auf europäischer Ebene einheitlich vorgegangen werden. EU-Kommission und Europäischer Auswärtiger Dienst müssen die Mitgliedstaaten beraten und eine Beeinflussung der Willensbildungsprozesse und Wahlen in demokratischen Staaten aus autokratisch regierten Ländern verhindern. Deutschland muss sich durch aktive Diplomatie, eine Bündelung der Zuständigkeiten bei den zuständigen Nachrichtendiensten sowie die Arbeit der politischen Stiftungen besser schützen. Zudem brauchen wir lebenslange Lernkonzepte zur Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz, sodass sich Personen jeglichen Alters sicher im Internet bewegen und Inhalte dem Zusammenhang entsprechend verstehen und bewerten können.

**3. Welche Rolle sieht Ihre Partei für Deutschland, bi- und multilateral, in der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung? Zu welchen friedensfördernden Instrumenten greift Ihre Partei und welche regionalen Schwerpunkte setzt sie?**

Wir Freie Demokraten setzen auf ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung als zentrale Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir unterstützen deshalb den aktiven Ausbau des zivilen Krisenmanagements in Deutschland und in der Europäischen Union (EU). Wir wollen den vernetzten Ansatz vorantreiben, der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zusammen denkt und die außenpolitischen Instrumente kohärent und effektiv zur Krisenprävention und Friedensförderung einsetzt. Dazu zählt unter anderem, dass die EU verstärkt in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise investiert. Wir wollen zudem, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit (3D – defence, development and diplomacy) investiert, so seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, seine Entwicklungspolitik verstetigt und seine Diplomatie stärkt.

**4. 2021 hat die Bundesregierung den 3. Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 verabschiedet. Welche Rolle spielt die WPS-Agenda für Ihre Partei und wie wollen Sie sie umsetzen? Planen Sie die Entwicklung einer feministischen Außenpolitik für Deutschland?**

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Frauen weltweit eine elementare Rolle in der internationalen Friedenssicherung, Streitschlichtung und Krisenprävention spielen. Wir wollen deshalb die Position von Frauen in der Krisen- und Konfliktbewältigung stärken. Daher fordern wir eine stärkere Anstrengung bei der Positionierung von Frauen in Schlüssel- und Führungspositionen bei der UNO, der EU und im Bund. Der Nationale Aktionsplan „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und die entsprechende Resolution 1325 der Vereinten Nationen (VN) müssen ambitioniert umgesetzt werden. Weltweit werden Krisen und Konflikte in den kommenden Jahren zunehmen. Vor allem Kinder, ältere Menschen und Frauen sind in diesen Situationen besonders betroffen. Sexualisierte Gewalt wird systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Form der Kriegsführung geächtet wird und Vertragsstaaten sowohl die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) als auch die Istanbul-Konvention einhalten und umsetzen. Es muss mit Nachdruck auf die Türkei eingewirkt werden, den Rückzug aus der Istanbul-Konvention wieder rückgängig zu machen.

Weltweit wollen wir Frauen vor allem dadurch stärken, dass wir ihnen mehr Bildung zur Verfügung stellen. Hierfür sollte Deutschland seine Investitionen in die „Global Partnership for Education“ verdoppeln: das Grundrecht auf Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmteren Leben. Wir wollen zudem gezielt in Programme investieren, die die Lebens- und Überlebenschancen von Frauen verbessern, insbesondere in Zeiten von Schwangerschaft und Geburt.

**5. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf eine deutsche restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik? Planen Sie die Entwicklung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes?**

Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, rüstungsexportpolitische Entscheidungen auf fundierte Wissensgrundlagen zu stellen. Dafür wollen wir systematisches Wissen über die Folgen von Rüstungsexporten sammeln, um die Entscheidungen Deutschlands in dieser Hinsicht auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. Das von uns vorgeschlagene Forschungsprogramm soll Rüstungsexporte aus außenpolitischer, sicherheitspolitischer, volkswirtschaftlicher und technologischer Sicht betrachten. Länder- und Regionalstrategien sollen hierbei nach Sicherheitslage und -interessen differenziert werden.

Wir Freie Demokraten wollen grundsätzlich keine Waffenexporte in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen weiter destabilisieren und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen behindern. Für die Ausfuhr von Rüstungsgütern gibt es in den EU-Mitgliedstaaten noch vielfach unterschiedliche Standards. Die EU muss jedoch auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme sprechen. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein. Wir wollen dieses Ziel durch eine europaweite Rüstungsexport-Verordnung erreichen, die hohe Standards setzt und so den gemeinsamen Standpunkt der EU-Mitgliedstaaten von 2008 über die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgüter rechtsverbindlich weiterentwickelt.

**6. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in ihrer Afrika-Politik? Welche Rolle sieht Ihre Partei für Deutschland, bi- und multilateral, in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in Afrika? Welche Strategie sollte die neue Bundesregierung mit Blick auf die Sahel-Region verfolgen?**

Wir Freie Demokraten fordern eine europäische und zwischen den europäischen Mitgliedstaaten abgestimmte Afrikapolitik. Wir wollen die Staaten Afrikas partnerschaftlich bei der Stärkung von Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und, sofern geboten, der Sicherheitskräfte unterstützen. So wollen wir nicht nur Europas historischer Verantwortung gerecht werden, sondern auch die Integration Afrikas in regionale und globale Wirtschaftskreisläufe fördern. Dies trägt auch der Tatsache Rechnung, dass gerade Subsahara-Afrika mehr und mehr zu einem echten Wirtschaftspartner Deutschlands und Europas wird. Zudem wollen wir Anreize für gute Regierungsführung schaffen. Die Freiheit zur Eigengestaltung, Beteiligungsrechte und gute Regierungsführung sind Grundvoraussetzungen für Wachstum und Entwicklung. Wir begrüßen, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit regionalen Gruppen von AKP-Staaten (Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten) die Handelsbeziehungen zwischen EU und Afrika auf eine WTO-konforme Rechtsgrundlage stellen und allen afrikanischen Staaten einen erleichterten und bevorzugten Marktzugang bieten. Ziel muss dennoch der vollständige Zugang zum EU-Binnenmarkt und der Abbau protektionistischer Maßnahmen sein. Marktverzerrende Subventionen der EU insbesondere im Agrarbereich dürfen den Aufbau wettbewerbsfähiger Märkte in Afrika nicht untergraben. Die EU muss die regionale wirtschaftliche Integration innerhalb Afrikas und die nachhaltige Wertschöpfung vor Ort stärker unterstützen. Deshalb wollen wir die Afrikanische Union bei der Realisierung der kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) aktiv unterstützen.

In Bezug auf die Sahel-Region fordern wir Freie Demokraten, dass sich Deutschland mit seinen internationalen Partnern mit den Zielen, Aufgaben und bisherigen Resultaten der Missionen sowie den internationalen und bilateralen Alternativen beschäftigt. Wir brauchen ein vernetztes Handeln und eine ressortübergreifende Strategie für diese Region. Zusätzlich brauchen wir eine vorausschauende humanitäre Hilfe für die Sahel-Region.

**7. Welche Länder- und thematischen Schwerpunkte möchte Ihre Partei in der Außenpolitik in der Region Osteuropa setzen? Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland trotz zunehmender Einschränkungen durch die russische Seite weiterhin zu ermöglichen?**

Wir Freie Demokraten unterstützen die Demokratie und die wirtschaftliche Transformation in den östlichen Nachbarländern der EU. Die mutigen Proteste nach der Wahlfälschung vom August 2020 in Belarus zeigen erneut, dass große Teile der dortigen Bevölkerung unsere aktive Unterstützung verdienen. Hierbei setzen wir insbesondere auf den europäischen Demokratiefonds. Wir wollen so die Zivilgesellschaft und die Oppositionskräfte gegen den autokratischen Machthaber stärken und befürworten zielgerichtete Sanktionen gegenüber Regierungsmitgliedern, die für die Unterdrückung demokratischer Freiheiten verantwortlich sind.

Für uns Freie Demokraten sind die Prinzipien des Völkerrechts, der Menschenrechte und der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland in der „OSZE-Charta von Paris“ ausdrücklich bekannt hat, nicht verhandelbar. Daher sehen wir die derzeitige Politik der Russischen Föderation mit großer Sorge. Wir Freie Demokraten fordern ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten Sanktionen. Im Falle einer weiteren militärischen

Eskalation in der Ukraine muss die EU die Sanktionen verschärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiederherstellung der Friedensordnung. Dabei muss die EU mit einer Stimme sprechen. Lockerungen oder gar eine Aufhebung der Sanktionsregelungen kann es nur bei einer Umsetzung des Minsker Abkommens geben. Die Unterstützung Russlands für Diktatoren wie Alexander Lukaschenko oder Baschar al-Assad gefährdet die internationale Sicherheit ebenso wie vom Kreml gesteuerte Desinformationskampagnen und Hackerangriffe in Europa. Die Ermordung von Boris Nemzow, gezielte Giftanschläge auf Regimegegner, Aktionen zur physischen und politischen Vernichtung prominenter Oppositioneller wie Alexei Nawalny, die massenhafte Inhaftierung friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die systematische Einschränkung der Pressefreiheit kritisieren wir aufs Schärfste. Präsident Wladimir Putin trägt unmittelbare Verantwortung für die zunehmende autoritäre Entwicklung Russlands. Die EU darf bei allem Willen zum Dialog nicht verharmlosend über diese gefährliche Entwicklung hinwegsehen. Zudem gilt, dass liberale Außenpolitik in der Tradition Walter Scheels und Hans-Dietrich Genschers nicht an der Außengrenze der EU enden kann: Russland bleibt Deutschland und Europa menschlich, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden. Wir Freie Demokraten wollen Gesprächskanäle, vor allem zu Bürgerrechtsorganisation wie Memorial, offenhalten. Am Ziel des Wiederaufbaus von Vertrauen halten wir fest. Auch wollen wir Reisen für die Zivilgesellschaft durch Visumserleichterungen vereinfachen. Die russische Regierung muss zuvor aber zu Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Bürgerrechte und des Völkerrechts zurückkehren.

**8. Welche Rolle spielen Forschungsergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung für die Positionen Ihrer Partei und welche konkreten und nachhaltigen Maßnahmen zur Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung schlägt Ihre Partei vor?**

Die Friedens- und Konfliktforschung liefert grundlegende Erkenntnisse sowohl für die praktische Arbeit vor Ort als auch für die politischen Entscheidungsträger. Die Forschung fördert Erkenntnisse über das friedliche Zusammenleben von Menschen und Gesellschaften und über die Eindämmung von Krieg, Gewalt und Unterdrückung. Forschungsinstitute sind daher wichtige Ansprechpartner, wenn es um die Konfliktbearbeitung geht. Die Politik ist in ihrem Handeln auf die neusten Forschungsergebnisse angewiesen. Deshalb muss die Forschungsarbeit gestärkt und finanziell entsprechend unterstützt werden.